

BAGP-Rundbrief 1.16

Erste Zwischenbilanz zur neuen UPD in Trägerschaft von Sanvartis

Nach der Abwicklung der bisherigen Unabhängigen Patientenberatung Deutschland UPD zum 31.12.15, gibt es nun einen Betreiber der Patientenberatung, der auch für Krankenkassen tätig ist (siehe Berichte in vorigen Rundbriefen).

„Neue Besen kehren gut“ heißt es. Viele Beratungsstellen erhalten jedoch immer wieder Beschwerden von Ratsuchenden über die Arbeit des neuen Anbieters. So werden die langen Wartezeiten bis zu einem Rückruf beklagt, die mangelnde Passgenauigkeit der Beratungsantworten bemängelt, das Fehlen von niedrigschwelligem Zugang zur Beratung vor Ort und die mangelnde Unabhängigkeit kritisiert. Einige Ratsuchende wollen die UPD nicht mehr nutzen und auch nicht weiter empfehlen.

Einiges lässt sich mit Startschwierigkeiten erklären. Aber vieles ist Folge einer konzeptionellen Entscheidung des GKV-Spitzenverbandes und des Patientenbeauftragten Laumann. Die Hotline wurde gestärkt, die regionale persönliche Beratung geschwächt. Da sind die o.g. Rückmeldungen der Ratsuchenden nicht verwunderlich.

Traurig für uns als einen der ehemaligen Gesellschafter der UPD ist, dass die von allen Seiten – außer Laumann und GKV-Spitzenverband – gelobte Arbeit der alten UPD im Nachhinein falsch dargestellt wird. Auf der Pressekonzferenz des Patientenbeauftragten des Bundes am 11. Mai wurde behauptet, dass die Beratungszahlen in den ersten vier Monaten bereits deutlich über den Zahlen der Vergleichsmonate des Vorjahres liegen.

Ein Blick in die Statistik zeigt anderes: Während die neue UPD nach eigenen Angaben ca. **24.000** Beratungen durchgeführt hat, wurden im Vergleichszeitraum des Vorjahres ca. **28.000** Beratungen von der bisherigen UPD durchgeführt. Das Budget der UPD wurde von **5,2 Mio €** (2011-2015) auf **9 Mio €** (2016-2022) pro Jahr erhöht.

Wir haben den Beauftragten der Bundesregierung für die Belange der Patientinnen und Patienten aufgefordert, den veröffentlichten Bericht richtig zu stellen. Leider entspricht die bisherige Änderung noch nicht den tatsächlichen Daten.

Wir sind sehr gespannt, ob es zu einer Annäherung der Inhalte an die Realität kommen wird. (siehe: <http://www.patientenbeauftragter.de/10-pressemittelungen/patientenrechte/147-erste-zwischenbilanz-deutliches-verbessertes-beratungsangebot-der-neuen-unabhaengigen-patientenberatung-deutschland>)

Neues von der Bundesebene



Patientenvertretung im Gemeinsamen Bundesausschuss

Patientenbeteiligung im G-BA jetzt mit eigener Internetpräsenz

Berlin, 27. Mai 2016 – Die Patientenbeteiligung im Gemeinsamen Bundesausschuss (G-BA) hat ab sofort eine eigene Internetpräsenz. Auf den Seiten <https://patientenvertretung.g-ba.de> sind alle wesentlichen Informationen über die Arbeit von Patientenvertreterinnen und Patientenvertretern im G-BA verfügbar: von Benennungsverfahren, Mitberatungsrechten über das Leitbild der Patientenvertretung bis hin zu Beispielen aus der bisherigen Themensetzung. Die Stabsstelle Patientenbeteiligung im G-BA stellt den benannten Patientenvertreterinnen und Patientenvertretern zudem Informationen und Hilfestellungen bereit, die sie auch interaktiv nutzen können und die sie bei der Wahrnehmung des gesetzlich verankerten Mitberatungs- und Antragsrechts unterstützen.

„Die ehrenamtlich tätigen Patientenvertreterinnen und Patientenvertreter gestalten durch ihre Mitberatung in den Gremien des G-BA seit inzwischen über zehn Jahren die Versorgung in der gesetzlichen Krankenversicherung mit. Die fachliche Kompetenz, mit der sie dies tun, wird heute überall anerkannt und geschätzt. Der neue Internetauftritt zeigt die gestalterischen Möglichkeiten und Erfolge in all seinen Facetten auf“, sagte Dr. Martin Danner, Sprecher der Patientenvertretung beim G-BA, heute in Berlin.

Bundesarbeitsgemeinschaft
der PatientInnenstellen
(BAGP)

Waltherstr. 16a
80337 München

TELEFON
089 / 76 75 51 31

FAX
089 / 725 04 74

web: www.bagp.de
mail:mail@bagp.de

Sprechzeiten:
Di - Do 13 - 14 Uhr
und AB



B
A
G
P
Kurzprofil

Seit 1989 bündeln PatientInnenstellen und -Initiativen bundesweit ihre Ressourcen und Kompetenzen, um als BAGP effektiver handeln zu können. Kern der Arbeit ist die Information, Beratung und Beschwerdeunterstützung von Versicherten und PatientInnen bei gesundheitlichen Fragen und Problemen mit Institutionen oder Anbietern im Gesundheitswesen.

Zentrales Ziel der BAGP ist ein soziales, solidarisches, demokratisches, nicht hierarchisches Gesundheitssystem, in dem PatientInnen und Versicherte gleichberechtigte PartnerInnen sind. Die BAGP setzt sich gemeinsam mit anderen Patientenorganisationen und weiteren BündnispartnerInnen für dieses Ziel ein.